

**NS-Dokumentationszentrum
Sachstand und weiteres Vorgehen**

2 Anlagen:

1. Schreiben der Bayerischen Staatskanzlei vom 22.09.2003
2. Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 31.10.2003

Beschluss des Kulturausschusses vom 13.11.2003 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin:

1. Anlass für die Vorlage

Anlass für die Vorlage ist der Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 19. März 2003 zur Einrichtung eines Münchner „NS-Dokumentationszentrums“, in welchem folgende Punkte beschlossen wurden:

1. Die im Vortrag dargestellte Zusammensetzung des Kuratoriums mit je einem Vertreter der Stadt, des Staates und des Bundes, sowie angesehenen Repräsentanten der großen Parteien, Vertretern der drei Religionsgemeinschaften, einem Vertreter der Zeitzeugengeneration, einer renommierten publizistischen Persönlichkeit sowie dem Sprecher/der Sprecherin des künftigen wissenschaftlichen Beirats wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Für den Stadtrat ist es unabdingbar, dass die Stadtratsfraktionen von SPD, CSU und Bündnis90/Die Grünen – Rosa Liste sowie je ein/e Vertreter/in des „Initiativkreises für ein Dokumentationszentrum in München“ und der Gewerkschaften mit je einem Sitz im Kuratorium vertreten ist. Der Oberbürgermeister wird gebeten, diese Position zu verhandeln.
Das Kuratorium erarbeitet Vorschläge für die Besetzung des wissenschaftlichen Beirats und berät über die künftigen Schritte zur Klärung der Bauherren- und Trägerschaft, zur Klärung der Entwicklung eines Konzepts und damit verbunden der Standortfrage. Eine Festlegung der Bauherren- und Trägerschaft kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen.

2. Ein städtischer Vorschlag zur Besetzung des wissenschaftlichen Beirats wird dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.
Der Arbeitskreis „NS-Dokumentationszentrum“, der mit dem Stadtratsbeschluss vom 3. Juli 2002 eingerichtet wurde, beendet seine Tätigkeit mit der Installierung des wissenschaftlichen Beirats. Die für den Arbeitskreis benannten Stadtratsmitglieder werden in den wissenschaftlichen Beirat aufgenommen. Falls kein Sitz für die Gewerkschaften im Kuratorium eingerichtet wird, erhalten sie einen Sitz im wissenschaftlichen Beirat. Ein/e Vertreter/in des zuständigen Bezirksausschusses wird in den Beirat kooptiert.
3. Das Kuratorium und der künftige wissenschaftliche Beirat werden aufgefordert, die Transparenz ihrer Arbeit zu gewährleisten und festzulegen, wie die Öffentlichkeit in den Prozess um die Entwicklung des Zentrums eingebunden werden kann.
4. Sowohl die Ergebnisse des Symposiums wie auch das Gutachten des IfZ und die Stellungnahmen von Prof. Nerdinger, dem Initiativkreis und des Bezirksausschusses sowie die jeweiligen Beschlüsse des Stadtrates und des Landtags sind Basis für die Konzepterstellung. Dabei muss auch der Stellenwert des geplanten Hauses in der Museums- und Erinnerungslandschaft Münchens Beachtung finden.
5. Die Stellungnahme des Münchner Stadtarchivs zum Gutachten des IfZ muss in der künftigen Diskussion um das NS-Dokumentationszentrum Berücksichtigung finden.
6. Die Landeshauptstadt München ist nach wie vor bereit und willens, eine Drittfinanzierung (Bund, Land, Kommune) für den Betrieb des Dokumentationszentrums zu übernehmen.
7. Die Bemühungen um den Ankauf der „Bibliothek der verbrannten Bücher“ von Herrn Salzmann werden nicht weiter verfolgt. Ob die Bibliothek zum konzeptionellen Bestandteil des NS-Dokumentationszentrum werden kann, ist derzeit nicht zu klären.
8. Der Stadtrat wird bis spätestens September 2003 über den aktuellen Sachstand unterrichtet. Dabei sollen Vorschläge für ein Kurzkonzept mit eigenständigen „Münchner Aspekten“ sowie Überlegungen zur Vermittlungskonzeption und die Verknüpfung zu den Schnittstellen der anderen städtischen Institute (Stadtmuseum, Jüdisches Museum, Stadtarchiv) sowie zu den Geschichtswerkstätten und dem Initiativkreis dargelegt werden. Die Ergebnisse werden vorher dem noch existierenden Arbeitskreis NS-Dokumentationszentrum zur Diskussion vorgestellt.
9. Das Budget des Kulturreferates wird – wie im Beschluss der Vollversammlung bereits vorgesehen – befristet auf einen Zeitraum von zwei Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2004, jährlich um Sachkosten von 80.000 Euro (HST 3550.601.0900.4 „Sonstige Volksbildung; Stadtgeschichte“) und um Personalkosten von 70.600 Euro (HST 3000.490.0000.7 „Kulturpflege (Verw.); Dienstbezüge und dergl.“) erhöht, um den künftigen Prozess unterstützend und begleitend gestalten zu können und um die Arbeitsfähigkeit des Kuratoriums von städtischer Seite zu gewährleisten. Für das Haushaltsjahr 2003 wird jeweils die Hälfte dieser Summe eingestellt.

10. Der Antrag Nr. 02-08/A 00141 von Bündnis 90/Die Grünen/RL-Fraktion vom 04.07.2002, der Antrag Nr. 02-08/A 00531 von Herrn StR Robert Brannekämper, Herrn StR Marian Offman und Herrn StR Richard Quaas vom 12.12.2002, der Antrag Nr. 02-08/A 00573 von Herrn StR Johann Weinfurter vom 21.01.2003, der Antrag Nr. 02-08 / A 00688 von Frau StRin Mechthild von Walter vom 21.02.2003 sowie der Antrag Nr. 882 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirkes Maxvorstadt vom 11.02.2003 sind damit geschäftsordnungs- bzw. satzungsgemäß behandelt, ebenso wie die Vorgaben des Stadtrates, die sich aus dem Vollversammlungsbeschluss vom 03.07.2003 ergeben haben.

Ein Anhörungsrecht eines Bezirksausschusses besteht nicht.

2. Vorschlag

Wie Antrag.

3. Im Einzelnen

A. Sachstandsbericht

Das Kulturreferat hat begonnen, den inhaltlichen Auftrag des Stadtrates an das Kulturreferat im Bezug auf das zu planende Zentrum umzusetzen. So wurde mit den durch den Vollversammlungsbeschluss vom 19. März 2003 zusätzlich bereitgestellten Personalmitteln vom 1. Juli 2003 an zunächst in Teilzeit und seit dem 1. September 2003 in Vollzeit eine Historikerin eingestellt. Sie ist im Kulturreferat mit dem Projekt NS-Dokumentationszentrum befasst.

Es konnte in den vergangenen Wochen eine Gutachtergruppe etabliert werden, die im Auftrag der Stadt eine inhaltliche Positionierung hinsichtlich der geplanten Einrichtung erarbeitet. Darüber hinaus fanden Gespräche mit innerstädtischen wie überregionalen Einrichtungen und Institutionen statt, die die Einbindung des künftigen Hauses in die lokale, regionale und überregionale Erinnerungslandschaft zum Gegenstand hatten.

a. Die Etablierung der Gutachtergruppe

Im Jahr 2002 hatte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus das Münchner Institut für Zeitgeschichte gebeten, für den Freistaat eine gutachterliche Stellungnahme für ein mögliches NS-Dokumentationszentrum zu erarbeiten. Dieses Gutachten sollte laut Schreiben vom 19. April 2002 der Staatsministerin Hohlmeier „nichts vorwegnehmen oder präjudizieren, sondern den historischen Rahmen bzw. die historischen Gewichtungen beschreiben“ und eine „Gesprächsgrundlage“ für den weiteren Meinungsbildungsprozess bilden. Diese Stellungnahme, die auf dem Symposium „Ein NS-Dokumentationszentrum für München“ Anfang 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, führte zu kontroversen Diskussionen. Sie wurde insbesondere in Hinblick auf die Idee eines dezentralen Konzepts von der beteiligten Fachwelt und Öffentlichkeit

scharf kritisiert. Dies galt insbesondere für den Vorschlag einer dezentralen Lösung, die der Freistaat Bayern als Konzept favorisieren würde. Wunsch der Stadt ist es jedoch laut Stadtratsbeschluss vom 19. März 2003, eine zentrale Lösung im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes zu entwickeln.

Das Kulturreferat hat nun im August 2003 eine Gutachtergruppe zusammengestellt, die Vorschläge für eine inhaltliche Positionierung für die Stadt München erarbeitet. Einbezogen wurden dabei die Wünsche des „Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum in München“, in dem sich Vertreter/innen verschiedener Münchner Organisationen und Gruppen zusammen gefunden haben. Der Initiativkreis hat seine Vorstellungen von einem NS-Dokumentationszentrum in einem Thesenpapier zusammengefasst, das auf dem Symposium im Januar der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Gutachtergruppe wurde nun in Übereinkunft mit dem Initiativkreis wie folgt konstituiert: Prof. Dr. Norbert Frei (Zeithistoriker / Universität Bochum), a.o. Prof. Dr. Albert Lichtblau (Zeithistoriker / Universität Salzburg), Prof. Dr. Winfried Nerdinger (Architekturhistoriker / Technische Universität München, Leiter des Architekturmuseums München), Frau Cilly Kugelmann (Museologin / Stellvertretende Leiterin des Jüdischen Museums Berlin), Prof. Dr. Natan Sznaider (Soziologe / Tel Aviv) und zudem auf Wunsch der Gruppe Dr. Volkhard Knigge (Leiter der Gedenkstätte Buchenwald).

Die Auswahl orientierte sich daran, im Gutacherteam ein möglichst breites Spektrum an fachlichen Zugängen, Kenntnissen und Meinungen zu versammeln und dem Gutachten durch das Renommée der beteiligten Wissenschaftler/innen entsprechendes Gewicht zu verleihen. So fiel die Wahl auf Prof. Norbert Frei als anerkannter Zeitgeschichtsforscher, der sich zudem viel mit Erinnerungspolitik beschäftigt hat und die Münchner Zusammenhänge bestens kennt. Prof. Winfried Nerdinger, der ein ausgewiesener Kenner der Münchner Architekturgeschichte ist und zudem mit den Gruppierungen des Initiativkreises und ihren Zielen ausgezeichnet vertraut ist, konnte ebenfalls gewonnen werden. Um die Forschungsperspektive darüber hinaus auf internationale Ebene durch einen renommierten ausländischen Forscher zu erweitern, der jedoch die Münchner Verhältnisse und die deutsche Erinnerungslandschaft exzellent kennt, wurde Prof. Natan Sznaider in das Team gebeten: Er beschäftigt sich in seinen Forschungen mit den nationalen und internationalen Veränderungen in der Erinnerungskultur, die für die Planungen eines Dokumentationszentrums von großer Bedeutung sind. Leider hat Herr Sznaider ganz kurzfristig aus zeitlichen Gründen eine kontinuierliche Teilnahme abgesagt – er steht der Gutachtergruppe sowie dem Kulturreferat jedoch weiterhin in allen Fragen zu Verfügung. Für den konzeptionellen Bereich konnte als Experte für Fragen der Oral History zudem der Holocaustforscher Herr Prof. Albert Lichtblau von der Universität Salzburg in das Team geholt werden sowie Frau Cilly Kugelmann, die als Museumsexpertin insbesondere in Fragen der Umsetzung von musealen Konzeptionen ihre langjährige Praxiserfahrung in die Gruppe mit einbringen wird. Auf gemeinsamen Wunsch des Teams wurde schließlich noch Dr. Volkhard Knigge zur Gutachtergruppe hinzugezogen, der ein hervorragender Kenner der deutschen und internationalen Gedenkstättenlandschaft ist und zudem über große praktische Erfahrungen in der Gedenkstättenarbeit verfügt.

Die Gutachtergruppe wird eine unabhängige gutachterliche Stellungnahme erarbeiten, die voraussichtlich im Frühjahr 2004 dem Stadtrat sowie der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird. Dabei wird auch die Einbeziehung des öffentlichen Raums und der rele-

vanten authentischen Orte berücksichtigt werden. Das Gutachten nimmt dabei weder inhaltlich noch personell die Arbeit des künftigen wissenschaftlichen Beirats vorweg und ersetzt nicht ein späteres Gesamt- und Detailkonzept. Die Gutachter sind angehalten, wichtige konzeptionelle Vorgaben der Stadt zu berücksichtigen. Diese sind: Es muss eine zentrale Lösung in angemessener Größe in der Nähe des Königsplatzes geben, die die authentischen-historischen Orte in das Konzept mit einbezieht. Gewünscht ist zudem ein deutlicher München-Bezug des Hauses. Die Wissenschaftler sind in ihren gutachterlichen Entscheidungen autonom, um die Unabhängigkeit der Expertise zu gewährleisten. Sie sind zudem aufgefordert, die Wünsche, Vorstellungen und Ideen der Vertreter der bürgerschaftlichen Gruppierungen sowie der Bezirksausschüsse, die sich für ein NS-Dokumentationszentrum engagieren, bei der Erstellung ihres Gutachtens anzuhören und soweit als möglich zu berücksichtigen.

Am 14. August 2003 wurde deshalb im Rathaus eine erste Gesprächsrunde veranstaltet. Die Gutachter wurden hierbei den Initiativgruppen vorgestellt, und diese hatten die Gelegenheit, ihre kommunalen historisch-politischen und spezifischen Anliegen vorzutragen. So wurde in Folge beispielsweise ein Perspektivenpapier an die Gutachtergruppe übermittelt, das sich mit der Berücksichtigung der Genderfrage bei der Planung und Begründung eines Münchner NS-Dokumentationszentrums beschäftigt. Auch die Arbeitsgruppe „NS-Dokumentationszentrum“, die seit 24. September 2002 per Stadtratsbeschluss vom 3. Juli 2002 etabliert ist, wurde am 7. Oktober 2003 über die Einberufung der Gutachtergruppe sowie über den Fortgang der Planungen informiert.

b. Vernetzung bestehender und künftiger Münchner Geschichtsinstitutionen

Mit den Leitern und Mitarbeitern der städtischen Institutionen Stadtmuseum, Stadtarchiv und dem Gründungsdirektor des künftigen Jüdischen Museums wurde in mehreren Gesprächen denkbare Verknüpfungen mit einem künftigen NS-Dokumentationszentrum diskutiert. Alle Institutionen haben sich einer künftigen Zusammenarbeit gegenüber sehr aufgeschlossen gezeigt. Sie haben Interesse und Bereitschaft signalisiert, zu einem Zeitpunkt, an dem die Vorarbeiten konkrete Gestalt annehmen, die Zusammenarbeit eingehend zu überdenken und zu planen. Über genauere Einzelheiten zu sprechen, wird jedoch erst dann möglich sein, wenn sich eine konzeptionelle Ausrichtung des Hauses abzeichnet sowie ein Entschluss über eine städtische Trägerschaft gefallen ist. Das Münchner Stadtmuseum wird versuchen, mit seiner neu eröffneten NS-Abteilung vorläufig die bestehende Lücke in der Aufarbeitung der NS-Geschichte in München zu schließen. Bei Inbetriebnahme des NS-Dokumentationszentrums besteht die grundsätzliche Bereitschaft, die Ausstellungen je nach Bedarf in enger Zusammenarbeit aufeinander abzustimmen. Dies hängt jedoch von den künftigen konzeptionellen Entscheidungen des wissenschaftlichen Beirats ab.

Auch wurde begonnen, in Erfahrungsaustausch mit den Einrichtungen und Institutionen einzutreten, die in einem weiteren Sinne mit einem künftigen NS-Dokumentationszentrum zu tun haben könnten, wie dem Museumspädagogischen Zentrum München, dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg, dem Studienform des Dokumentationszentrums, mit der Leitung der „Museen der Stadt Nürnberg“, mit dem Haus der Bayerischen Geschichte, mit der städtischen Lenbachgalerie u.v.a... Neben dem notwendigen Erfahrungsaustausch und der Diskussion über die Erwartungen war Ziel aller Gespräche, den bisherigen Sachstand zu kommunizieren und für die künftige

Einrichtung zu „werben“. Mit weiteren Institutionen sowie den Geschichtswerkstätten und Vereinen wird in den kommenden Wochen das Gespräch fortgesetzt werden. Damit kann nach und nach ein Kommunikations- und Erfahrungsnetzwerk geschaffen werden, welches lokal, regional und überregional verankert ist.

Darüber hinaus wurde speziell den Gruppen und Organisationen, die durch den Initiativkreis vertreten werden, die Möglichkeit eingeräumt, konkrete Wünsche und Ideen direkt an das Kulturreferat oder auch die Gutachtergruppe zu kommunizieren, damit deren Vorstellungen bei den anstehenden Überlegungen berücksichtigt werden können. Die Vertreter weiterer historischer Einrichtungen sowie des Initiativkreises wurden in der Sitzung des Arbeitskreises NS-Dokumentationszentrum am 7. Oktober 2003 über den aktuellen Fortgang der Planungen informiert.

Die Errichtung eines Dokumentationszentrums sollte der Anlass sein, die Forschungs- und Vermittlungssituation der Geschichtsarbeit in München zu überdenken. Es wäre möglich, neue Formen der Vernetzung zu etablieren, um Zusammenarbeit zu fördern, weitere Forschungen zu ermutigen sowie Synergieeffekte zu nutzen und zu fördern. Bestehende Informations- und Forschungsangebote könnten dadurch für die geschichtsinteressierte Öffentlichkeit noch besser zugänglich und nutzbar gemacht werden. Die Etablierung eines NS-Dokumentationszentrums, das eng mit den bestehenden Münchner Einrichtungen zusammen arbeitet, böte die Chance, ein zentrales städtisches Forum für die Vermittlung von Geschichtsthemen in der breiten Öffentlichkeit zu werden. Alle bestehenden Institutionen könnten daran partizipieren. Ein solches Forum gibt es momentan nicht, wäre jedoch ein wichtiger Schritt, um die kulturpolitische Aufgabe von Stadt und Kulturreferat, eine Verbindung und einen Dialog zwischen Wissenschaft und Forschung und der städtischen Öffentlichkeit herzustellen, nachhaltig zu fördern.

c. Recherchen zur regionalen, bundesweiten und internationale Eingliederung eines Dokumentationszentrums in die Erinnerungs-, Museums- und Gedenkstättenlandschaft - Anregungen aus Gesprächen mit Fachleuten

Erste Recherchen sowie der Austausch mit den Vertretern der innerstädtischen wie aber auch überregionaler Institutionen und Organisationen, die sich mit Museums- und Erinnerungsarbeit beschäftigen, vermitteln einen aufschlussreichen Eindruck. Die nachstehenden Punkte sind eine Zusammenfassung von Meinungen und Ideen aus den verschiedenen Gesprächen. Sie sollen einem Gutachten in keinem Fall vorgreifen, sondern vielmehr als allgemeine Anregung dienen.

- Als von zentraler Bedeutung sehen es viele der angesprochenen Experten, dass sich ein künftiges NS-Dokumentationszentrum sinnvoll in den Zusammenhang der bestehenden Gedenkstätten und Dokumentationszentren in Bayern eingliedert und hier ein prägnantes, am Ort orientiertes Konzept entwickelt wird, das das bestehende historisch-politische Angebot sinnvoll abrundet. Darüber hinaus sollte sich das künftige Dokumentationszentrum jedoch auch in die bundesweite und internationale Museums-, Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft eingliedern und sich nicht ausschließlich auf eine lokalhistorische Aufarbeitung der Rolle Münchens im Nationalsozialismus und umgekehrt des Nationalsozialismus für München beschränken. Denn es wird allgemein angenommen, dass sich auf eine Stadt wie München bei der Einrichtung eines solchen Zentrums die internationale Aufmerksamkeit bündeln

wird und zudem bundesweit und international hohe geschichtspolitische Erwartungen in die Umsetzung eines solchen Hauses gesetzt werden. Es sollte ein Haus konzipiert und realisiert werden, das auch längerfristig höchsten geschichtspolitischen Ansprüchen Rechnung trägt.

- Es sollte dabei weit über seinen Eröffnungszeitpunkt hinaus in der Lage sein, künftige Generationen von jungen wie älteren Menschen unterschiedlichster Herkunft anzusprechen – so die mehrheitliche Meinung. Damit könnte die geplante Einrichtung auch den gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland Rechnung tragen. Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass ein NS-Dokumentationszentrum, ähnlich wie die Zentren in Nürnberg und am Obersalzberg, auf ein enormes Publikumsinteresse stoßen wird. Das Haus sollte sich an Münchner aller Altersgruppen wenden, ebenso an Besucher aus dem In- und Ausland. Insbesondere Jugendliche sollten dabei eine wichtige Zielgruppe dieser Einrichtung sein.
- Viele Fachleute sähen es als eine hervorragende Referenz für die Landeshauptstadt München wie auch für den Freistaat Bayern an, wenn es gelingen könnte, eine geglückte wie vor allem *innovative* Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus in einem solchen Dokumentationszentrum zu leisten. Dabei sollten die Erfahrungen aus den Dokumentationszentren Nürnberg und Obersalzberg sowie aus den bisher erfolgten städtischen Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte (wie z.B. die Ausstellung „München – Hauptstadt der Bewegung“ von 1994, der dazu erschienene Katalog, die 2003 eröffnete Ausstellung „NS in München - Chiffren der Erinnerung“ im Stadtmuseum, u.a.) zurückgegriffen werden, gleichzeitig aber auch *fortentwickelt* werden. Stellt sich München dieser Aufgabe, könnte es zum Vorbild und gleichzeitig möglicherweise sogar zu einem Modell für einen zukunftsweisenden kommunalen Umgang mit der NS-Geschichte werden.
- In mehreren Gesprächen zeichnete sich die Meinung ab, dass es unter Umständen zu empfehlen sein könnte, von einer tendenziell weniger museal orientierten Konzeption des NS-Dokumentationszentrums auszugehen und unter Umständen eine Konzeption als „Lernort“ ins Auge zu fassen. Dies würde eine zukunftsweisende Form des Umgangs mit der NS-Geschichte ermöglichen, die den hohen Wert eines demokratischen Systems aktiv vor Augen führt, aber auch die bestehenden bayerischen Dokumentationszentren in Nürnberg und am Obersalzberg sinnvoll ergänzen könnte. Die Errichtung eines solchen Hauses würde daher die Chance eröffnen, den Nationalsozialismus nicht nur konventionell museal „auszustellen“, sondern einen Ort der Auseinandersetzung mit Diktatur, Terror, Unterdrückung, oder in Umkehrung mit Demokratie, Toleranz und Verständigung zu schaffen.
- Im Mittelpunkt eines in dieser Weise orientierten Hauses könnte stärker die Nutzung als Ort der historisch-politischen Bildung sowie für historische Wechselausstellungen im Vordergrund stehen. Zudem sollten die neuen methodischen Zugänge der letzten Jahre in der historischen Forschung Berücksichtigung finden (Cultural Studies, Gender Studies, Alltags- und Mentalitätsgeschichte, etc.). Zentral sollte dabei aber in jedem Fall eine starke Bezugnahme auf den Ort München, den historischen Standort und die historische Topographie und Rolle hinsichtlich Aufstieg, Konsolidierung und Nachwirkungen des Nationalsozialismus sein. Viele der Gesprächspartner waren der Ansicht, dass jedoch auch der Blick über den Münchner

Kontext hinaus auf die entsprechenden gesamtgesellschaftlichen Vorgänge in Deutschland verweisen sollte. Eventuelle Wechselausstellungen sowie die Nutzung des Zentrums als Ort für Vorträge, Diskussionen, Tagungen, Seminare etc. könnten das Dokumentationszentrum zum zentralen Informationsforum zum Thema „Nationalsozialismus und München“ machen. Darüber hinaus könnte zudem ein deutlich breiter angelegtes Themenspektrum aus dem Bereich Geschichte – Politik – Gesellschaft im Mittelpunkt der Arbeit des Hauses stehen, wobei aber grundsätzlich das historisch-politische Feld als Fokus bewahrt werden sollte.

- Als wünschenswert wird es betrachtet, wenn durch einen solchen Ort das innerstädtische Kooperationsnetz verbessert und ein zentrales Kommunikationsforum der bestehenden Münchner Einrichtungen geschaffen werden könnte.
- Alle Experten, mit denen bislang gesprochen wurde, sahen es als notwendig an, das Haus auf eine *künftige* Generation von Besuchern auszurichten. Diese werden, unabhängig von der unmittelbaren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe, durch ganz neue politische Erfahrungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geprägt sein. Auch die Formen der Vermittlung von Geschichte und des Umgangs mit der Erinnerung eines Landes werden davon fundamental geprägt sein. Dem könnte bereits in der Anlage des Hauses Rechnung getragen werden. Es wurde mehrheitlich empfohlen zu überlegen, wie den künftigen Generationen in einer nachvollziehbaren, persönlich anrührenden Weise die Erfahrungen in der NS-Diktatur vermittelt werden können. Da mit der immer größer werdenden zeitlichen Distanz sich die Erzählung über den Nationalsozialismus immer stärker musealisieren und ritualisieren wird, wurde angeregt, über Formen der Vermittlung nachzudenken, die dem einzelnen Besucher eine Anwendung auf den Erfahrungshorizont der Gegenwart ermöglicht.
„Wer eine derartige Einrichtung vornehmlich unter dem Aspekt einer formalen Informationsvermittlung sieht und von Erkenntnisinteresse und Neugier der potentiellen Besucher abkoppelt, hat bereits verloren.“, so formuliert es die Stellungnahme des Stadtarchivs zu dem IfZ-Gutachten vom 4. November 2002.
- Es wurde darüber hinaus angeregt, dass sich das künftige Haus auf pädagogische Konzepte stützen könnte, die den Besucher sehr viel stärker als von konventionellen Ausstellungen gewohnt, aktiv miteinbeziehen. Dies geschieht bereits erfolgreich in Nürnberg. Dort wurde der Dauerausstellung zum Reichsparteitagsgelände ein sogenanntes Studienforum angegliedert, in dem insbesondere für Schulklassen und Gruppen Themen historisch-politischer Bildung und der Demokratieerziehung, aber auch Elemente der Ausstellung selbst vertieft werden können. Dies böte vor allem die Möglichkeit der Anbindung der zahlreichen geschichtspolitisch engagierten Münchner Gruppierungen an die künftige praktische Arbeit des NS-Dokumentationszentrums. Damit könnten die langjährigen Erfahrungen der einzelnen Gruppen und Initiativen konkret eingebracht werden.

B. Verhandlungen mit dem Freistaat

Seit den Stadtratsbeschlüssen vom 6. Februar 2002, 3. Juli 2002 und 19. März 2003, der Durchführung zweier öffentlicher Symposien zum Thema „NS-Dokumentations-

zentrum“ und einem Spitzengespräch zwischen Frau Staatsministerin Hohlmeier und Herrn Oberbürgermeister Ude am 21. Januar 2003, bei dem die Zusammensetzung des Kuratoriums für ein Dokumentationszentrum verhandelt wurde, sind die Vorüberlegungen hinsichtlich Standortwahl und Kuratorienbesetzung vorerst nicht weiter vorangekommen.

Der Freistaat ist erst dann zu weiterführenden Verhandlungen über die so wichtige Standortfrage sowie über konzeptionelle Fragen bereit, wenn in der Kuratoriumsfrage eine Einigung erzielt wird. Die bayerische Staatskanzlei hält in einem aktuellen Schreiben an den Vorsitzenden des Bezirksausschusses 3 Maxvorstadt, Herrn Klaus Bäumler, vom 22. September 2003 fest (siehe Anlage 1):

„Die von Beschlüssen des Bayerischen Landtags und des Münchner Stadtrats vorgesehene Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums in der Landeshauptstadt setzt ein Zusammenwirken zwischen Stadt München und Freistaat Bayern voraus sowie ein Einbeziehen des Bundes nach dem Vorbild des Nürnberger NS-Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände. Die bisherigen Absprachen sehen vor, ein hochkarätiges Kuratorium einzurichten, um dadurch ein breites und namhaftes Spektrum für den erforderlichen Meinungsbildungsprozess zu gewährleisten. Dieses Kuratorium soll einen wissenschaftlichen Beirat bestellen, der auf den bereits vorhandenen Grundlagen Vorschläge erarbeitet. Daraus ergibt sich eine Konzeption für eine NS-Dokumentationseinrichtung in München. Erst auf Grundlage einer solchen klaren Konzeption und den damit verbundenen historischen und stadtgeographischen Inhalten können die Fragen der Finanzierung sowohl der Investition wie des laufenden Betriebs, der Trägerschaft und des Standortes geklärt werden. Im Übrigen sehe ich [Ministerialdirigent Wolfgang Lazik] nicht nur in der Standortfrage, sondern besonders auch bei der Ausgestaltung des Kuratoriums Aufgabenstellungen, mit denen sich die Landeshauptstadt München verstärkt befassen muss.“

a. Kuratoriumsbildung / Finanzierung

Das Kulturreferat hält es deshalb für unerlässlich, dass so rasch wie möglich in der Frage der Kuratoriumsbildung eine einvernehmliche Lösung mit dem Freistaat erzielt wird, da sonst der Fortgang aller Folgeverhandlungen blockiert wird.

Im Moment stehen sich zwei Modelle unvereinbar gegenüber:

Wie auf S. 1 unter Punkt 1 und Punkt 2 ersichtlich, wurde im Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 19. März 2003 das ursprünglich zwischen dem OB und Frau Staatsministerin Hohlmeier verhandelte Modell des Freistaates abgelehnt. Dieses sähe folgende Zusammensetzung vor: Je ein/e Vertreter/in Stadt, Staat und Bund, je ein/e angesehene/r Repräsentant/in der großen Parteien, je ein/e Vertreter/in der drei Religionsgemeinschaften, ein/e Vertreter/in der Zeitzeugengeneration sowie eine renommierte publizistische Persönlichkeit. Der Freistaat hat wiederum das Modell der Stadt in einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom 27. März 2003 grundsätzlich abgelehnt.

Seitens des Kultusministeriums wurde alternativ die Bildung eines dritten Gremiums

vorgeschlagen. Dadurch sollten z.B. die lokal und regional involvierten Institutionen und Gruppen eingebunden werden. Dies wurde vom Stadtrat mit Beschluss der Vollversammlung vom 28. Mai 2003 ausdrücklich abgelehnt. Dem Wunsch nach einer Ausweitung der Gremien in der im Beschluss vom 19. März 2003 festgelegten Form wurde erneut Nachdruck verliehen.

Eine Entscheidung in der Finanzierungsfrage könnte sich auch auf die Verhandlungen zur Zusammensetzung der Gremien positiv auswirken. Das Kulturreferat schlägt deshalb vor, dass die Landeshauptstadt München sich bereit erklären soll, eine verbindliche Zusage zur Übernahme der Betriebskosten zu machen, unter der Voraussetzung, dass diesem Engagement auch in der Zusammensetzung der Gremien entsprechend dem Beschluss vom 19. März 2003 Rechnung getragen wird.

In Anbetracht dieses finanziellen Engagements der Landeshauptstadt München erscheint es aus jetziger Sicht sinnvoll, auch die Trägerschaft bei der LHM anzusiedeln. Hierüber sollte jedoch erst nach Vorlage weiterer Planungsdetails entschieden werden.

Bei der Zusammensetzung der Gremien könnte dabei „der/die renommierte Vertreter/in der Zeitzeugengeneration“ aus dem Umfeld des Initiativkreises besetzt werden. Damit könnte auch dem großen bürgerschaftlichen Interesse angemessen Rechnung getragen werden. Dies wäre für die Aufgabenstellung des Kuratoriums förderlich. Die benannte Person könnte in breiten Kreisen der Münchner Bürgerschaft für das Projekt nicht nur um Anerkennung, sondern auch um finanzielle Unterstützung werben.

b. Standort

Aus der Sicht der Stadt kommen zwei Bereiche für einen Neubau eines NS-Dokumentationszentrums im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes in Frage, wobei das Planungsrecht noch nicht geklärt ist: das Gelände der Technischen Universität (Ecke Arcis-/Gabelsbergerstraße) sowie das Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ an der Brienner Straße, südlich der Musikhochschule, das im Stadtgrundriss nicht mehr als eigenständiges Grundstück erscheint. Die Umnutzung eines der bestehenden, staatlichen Gebäude steht gegenwärtig nicht zur Debatte.

Momentan können noch keine Aussagen zum Raumprogramm eines Münchner NS-Dokumentationszentrums gemacht werden. Die grundsätzliche Eignung eines Standortes kann erst nach Vorliegen genauer Angaben beurteilt werden, die im Falle des NS-Dokumentationszentrums dann konkretisiert werden können, wenn der künftige wissenschaftliche Beirat die konzeptuelle Planung des Hauses erarbeitet hat und danach ein Raumplan erstellt wurde.

Vergleichbare Häuser in Deutschland (NS-Dokumentationszentren, Gedenkstätten) verfügen über folgende Ausstellungs- und Nebenflächen:

Nürnberg: ca. 3.000 qm Gesamtfläche, soll auf ca. 4.000 qm erweitert werden;

Obersalzberg: momentan ca. 2.300 qm, verfügt über keine Verwaltungsräume, eine Erweiterung um drei Schulungsräume ist geplant;

Topographie des Terrors / Berlin (in Planung): ca. 3.000 qm Gesamtfläche

KZ-Gedenkstätte Dachau: 4.900 qm reine Ausstellungsfläche

Gedenkstätte ELDE-Haus / Köln: ca. 1.800 qm Gesamtfläche

In Nürnberg und am Obersalzberg hat sich bereits nach kurzer Zeit als problematisch erwiesen, dass die Ausstellungsflächen zu knapp bemessen waren, so dass eine bauliche Erweiterung schon kurz nach Inbetriebnahme der Häuser notwendig wurde.

TU-Gelände

Bislang sah es so aus, als würden Staatsregierung und die zuständigen Ministerien ein mögliches Dokumentationszentrum bei der Überplanung des TU-Geländes nicht berücksichtigen. Vornehmlich die Filmhochschule und das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst sollten hier einen neuen Standort finden. Der Wettbewerb soll in Kürze ausgelobt werden.

Diese Einschätzung bestätigt auch das Schreiben der Bayerischen Staatskanzlei an den Vorsitzenden des BA 3 Maxvorstadt, Herrn Bäumler, vom 22. September 2003 (siehe Anlage). Eine Einbeziehung einer NS-Dokumentationseinrichtung, so heißt es dort, für die noch jegliche konzeptuelle Grundlage fehle, würde für die Planungen und für den auszulobenden Wettbewerb zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen. Anliegen der Staatsregierung sei es jedoch, das Problem der Raumnot der Hochschule für Fernsehen und Film und des Staatlichen Museums Ägyptischer Kunst möglichst rasch zu lösen.

Die Stadt München tritt dafür ein, dass die Staatsregierung die Situierung eines NS-Dokumentationszentrum als einem möglichen Standort im Auslobungstext zum Architektenwettbewerb für die Hochschule für Fernsehen und Film sowie das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst berücksichtigt. Die Hochschule wird für den Wettbewerb mit etwa 16.000 qm angesetzt und das Ägyptische Museum mit etwa 5.700 qm. Für das NS-Dokumentationszentrum sollen etwa 1.000 qm Nutzfläche zur Verfügung stehen, unter der Prämisse, dass im Verlauf eines späteren Verfahrens unter Umständen auch eine größere Nutzfläche bereitgestellt werden kann. Grundsätzlich ist allerdings festzuhalten, dass 1.000 qm Nutzfläche für ein NS-Dokumentationszentrum im Vergleich mit anderen Dokumentationszentren eine äußerst knapp bemessene Planungsgröße sind (vgl. S. 12), anhand derer sich höchstens eine Minimallösung realisieren ließe; sie stellen die unterste Bemessungsgrenze für die Realisierbarkeit eines solchen Hauses dar.

Ehemaliges „Braunes Haus“

Das Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ liegt im Umgriff des Bebauungsplans Nr. 1650 (Aufstellungsbeschluss vom 14.12.1988), der sich auf die zukünftige Bebauung des Geländes beiderseits der Briener Straße zwischen Königsplatz und Karolinenplatz bezieht. Nach Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs im Jahr 1991 und der kontroversen Diskussion der Ergebnisse in der Öffentlichkeit hatte der Stadtrat entschieden, die Inhalte des Aufstellungsbeschlusses sowie die Arbeiten der Preisträger nicht mehr weiter zu verfolgen; im Benehmen mit dem Freistaat sollten dem Planungsreferat zufolge Vorschläge für städtebaulich akzeptable Festsetzungen vorbereitet werden. Der Flächennutzungsplan weist eine Nutzung für die Wissenschaft aus. Im Wettbewerb von 1989/90 wurde eine Überbauung der „Ehrentempel“ und der östlich

anschließenden Flächen mit Gebäuden für die Musikhochschule, die Ägyptische Staatssammlung und die Prähistorische Staatssammlung geplant (etwa 5.000 qm Nutzfläche).

Schwierigkeiten würden bei einer Neuüberplanung des Geländes die denkmalschützerischen Einzel- und Ensembleschutzbestimmungen sowie naturschützerische Vorgaben bereiten. Das Gebot einer Bezugnahme auf die historisch angelegte Symmetrie des Straßenzugs Briener Straße / Königsplatz legt darüber hinaus die Miteinbeziehung des dem ehemaligen „Braunen Hauses“ (Palais Barlow) gegenüberliegenden Geländes der ehemaligen päpstlichen Nuntiatur (Palais Degenfeld) nahe. Das Gelände ist jedoch dicht mit Bäumen bestanden, die der Baumschutzordnung unterliegen. 1989/90 wurde auch dieses Gelände bereits auf Initiative des Freistaats hin für eine mögliche Nutzung als Museumsareal überplant. Das Ergebnis dieses Ideenwettbewerbs wurde zwar von der Vollversammlung am 2. Oktober 1991 zu Kenntnis genommen. Das Planungsreferat wurde beauftragt, das Bebauungsplanverfahren durchzuführen. Das Projekt wurde jedoch schließlich nicht weiter verfolgt. Die Gutachten der zuständigen Kommissionen und des Landesamt für Denkmalpflege haben weiterhin Bestand. Inzwischen haben sich die Biotope auf den „Ehrentempeln“ ausgeweitet, und zudem wurden 2001 die „Ehrentempel“ selbst unter Denkmalschutz gestellt.

Letztlich obliegt es dem Freistaat, als Eigentümer über das Gelände zu verfügen. Der Aufstellungsbeschluss Nr. 1650 von 1989/90 wurde auf Nachfrage durch das Planungsreferat (auf Grundlage des Antrags Nr. 3541 vom 30. Januar 2002 von Bündnis-90/Die Grünen – Rosa Liste, bestätigt durch den Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 3. Juli 2002) explizit nicht aufgehoben. Dies hat laut Planungsreferat jedoch weder positive noch negative Auswirkungen für eine mögliche Neubepanung des Geländes.

Die Vorlage ist mit dem Stadtmuseum, dem Stadtarchiv, dem Gründungsdirektor des jüdischen Museums und dem Planungsreferat abgestimmt. Die Stadtkämmerei hat der Vorlage nicht zugestimmt. Die Stellungnahme liegt als Anlage 2 bei.

Die Vorlage muss als Nachtrag behandelt werden, weil hinsichtlich Standortfrage und Gremienbesetzung Gesprächsergebnisse abgewartet werden mussten, die in diese Vorlage einfließen sollten. Eine Behandlung in dem Ausschuss ist erforderlich, um die Standortfrage und die Gremienbesetzung schnellstmöglich zu klären, um so die konzeptionellen Arbeiten effektiv fortführen zu können.

Die Korreferentin des Kulturreferats, Frau Stadträtin Sabathil, sowie die Verwaltungsbeirätin für Stadtgeschichte, Frau Stadträtin Renner, haben Kenntnis von der Vorlage.

II. Antrag der Referentin:

1. Der aktuelle Sachstand wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Landeshauptstadt München erklärt sich bereit, die Betriebskosten für das geplante

NS-Dokumentationszentrum zu übernehmen unter der Voraussetzung, dass die Gremien entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 19. März 2003 zusammengesetzt werden. Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Freistaat dieses Angebot der LHM zu unterbreiten.

3. Die Stadt München tritt dafür ein, dass die Staatsregierung das NS-Dokumentationszentrum im Auslobungstext zum Architektenwettbewerb für die Hochschule für Fernsehen und Film sowie das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst berücksichtigt und damit die Option für einen möglichen Standort geschaffen wird.

III. **Beschluss:**

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand entscheidet endgültig die Vollversammlung des Stadtrats.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende:

Die Referentin:

Ude
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Dr. Hartl
Berufsm. Stadträtin

- IV. Abdruck von I. bis III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)

-

Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.

2. Abdruck von I. mit V.

an StD

an das Planungsreferat

an das Direktorium - Stadtarchiv

an die Direktion des Münchner Stadtmuseums

an GL-2

an FG 10

an den Vorsitzenden und die FraktionssprecherInnen

des Bezirksausschusses 3 Maxvorstadt (5 x)

an das Direktorium-HA II/V 2 – G I

mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt

München, den

Kulturreferat

I. A.